

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 39. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 13. Dezember 2012

1. Abgeordnete

Astrid Schmitt und
Hans Jürgen Noss (SPD)

Ablösung des DB-Konzernbevollmächtigten

Medienberichten zufolge ist der Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn für Rheinland-Pfalz und das Saarland auch auf politischen Druck hin abgelöst worden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist die Landesregierung über die geplante Ablösung des Ansprechpartners für die Region informiert worden?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Zusammenarbeit mit dem nunmehr ehemaligen Konzernbevollmächtigten in den letzten Jahren?
3. Welche Schwerpunkte sieht die Landesregierung für die künftige Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn?

2. Abgeordneter

Dr. Axel Wilke (CDU)

Begleitung des Strafprozesses zur Nürburgring-Finanzierung durch Mitarbeiter der Landesregierung

Laut einem Medienbericht („Mainzer Rhein-Zeitung“ vom 28. November 2012) waren Mitarbeiter der Staatskanzlei im Sitzungssaal zugegen, als in dem Strafverfahren zur Nürburgring-Finanzierung der frühere Staatsminister des Innern und für Sport sowie der frühere Staatsminister der Justiz als Zeugen vernommen wurden.

Ich frage die Landesregierung:

1. An wie vielen Prozesstagen des derzeit beim Landgericht Koblenz anhängigen Strafprozesses gegen den früheren Minister der Finanzen und weitere Angeklagte waren Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Landesregierung als Zuschauer im Sitzungssaal anwesend?
2. Wie viele Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter waren an den einzelnen Sitzungstagen jeweils anwesend?
3. Welchen Ressorts gehörten sie jeweils an?
4. Wer hat dazu den Auftrag erteilt und welches sind die Beweggründe?

3. Abgeordnete

**Nicole Müller-Orth und
Dietmar Johnen**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konsequenter Schutz vor Mineralölrückständen in Lebensmitteln

Einer Studie des Bundesverbraucherschutzministeriums zufolge sind die Gesundheitsgefahren durch Lebensmittelverpackungen aus Altpapier weit größer als bisher bekannt, die vom Bundesverbraucherschutzministerium (BMELV) beauftragten Wissenschaftler haben hohe Mengen krebserregender Mineralölbestandteile, wie sie die Stiftung Warentest in Schokolade aus Adventskalendern gemessen hatte, auch in vielen anderen Lebensmitteln festgestellt – unter anderem in Reis, Gries, Backmischungen oder Frühstückscerealien. Neben Mineralöl könne zudem eine „enorme Zahl“ anderer, potenziell gefährlicher Stoffe aus dem Recyclingpapier auf die Produkte übergehen, heißt es in der Aigner-Studie.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist der von Bundesverbraucherministerin Aigner erwogene Grenzwert für Mineralöl in Lebensmittelverpackungen ausreichend für den Gesundheitsschutz der Verbraucherinnen und Verbraucher?
2. Die vom BMELV beauftragten Wissenschaftler halten die Einführung einer Barrierschicht in Verpackungen aus Recyclingkarton für unverzichtbar. Teilt die Landesregierung diese Einschätzung?
3. Hat die Landesregierung Kenntnis über einen Verordnungsentwurf der Bundesverbraucherschutzministerin Aigner zum Schutz vor giftigen Stoffen in Lebensmittelverpackungen?
4. Lebensmittelhersteller sind gesetzlich verpflichtet, nur sichere Produkte auf den Markt zu bringen. Wer Produkte in den Handel bringt, die gesundheitsgefährdende Mineralöle enthalten, verstößt also schon jetzt gegen die seit Mitte 2008 geltende EU-Verordnung 2003/2006 zur „Guten Herstellungspraxis“. Welche Behörde kontrolliert die Einhaltung dieser EU-Verordnung?

4. Abgeordnete

**Alexander Licht und
Gerd Schreiner (CDU)**

Straßennetz in Rheinland-Pfalz

Das Flächenland Rheinland-Pfalz verfügt über ein Straßennetz von ca. 18 500 km. Um einer prosperierenden Entwicklung in ganz Rheinland-Pfalz die notwendige Grundlage zu sichern, braucht es gute Verkehrswege und sichere Straßen. Das gilt für die ca. 880 km Bundesautobahnen, ca. 3 000 km Bundesstraßen, ca. 7 200 km Landesstraßen und für die fast 7 500 km Kreisstraßen. Der Auftrag des Landes Rheinland-Pfalz soll hierbei durch den Landesbetrieb Mobilität LBM gewährleistet sein.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welcher jährliche Investitionsbedarf wurde jeweils für Bundesstraßen (inklusive Bundesautobahnen), für Landesstraßen sowie für Kreisstraßen in den Jahren 2009, 2010, 2011 in Rheinland-Pfalz für Neubau wie Um- und Ausbau realisiert?
2. Welche Mittel sind allein für den Ausbau und die Erhaltung von Landesstraßen im Jahr 2012 und im Jahr 2013 erforderlich und nach Planansatz des LBM vorgesehen?
3. Welche Finanzmittel sind nach einem dem LBM vorliegenden Gutachten allein jährlich zum Ausbau und zum Erhalt (ohne Neubaumaßnahmen) von Landesstraßen im Schnitt der Jahre erforderlich?
4. Welche Zusatzaufgaben hat der LBM in den letzten Jahren übernehmen müssen und welche Kosten sind ihm dabei jährlich entstanden?

5. Abgeordnete
Thorsten Wehner,
Wolfgang Schwarz,
Marcel Hürter und
Fritz Presl (SPD)

Branntweinmonopol, landwirtschaftliche Brenner und Obstbrenner in Rheinland-Pfalz

Das Bundeskabinett hat das Auslaufen des Branntweinmonopols beschlossen. Die Brenneien und Obstbrenner sind Bestandteil der Landwirtschaft im Land und helfen, u. a. wertvolle Streuobstwiesen zu erhalten.

Der Europäische Gerichtshof hatte in der Vergangenheit entschieden, dass die staatlichen Beihilfen für Schnapsbrennereien nicht mit EU-Recht vereinbar sind. Diskussionspunkt seither war der Zeitrahmen einer Übergangsregelung. Rheinland-Pfalz hatte sich immer für die Obstbrenner gegenüber der Bundesregierung und bei der Europäischen Union eingesetzt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung das Auslaufen des Branntweinmonopols im Hinblick auf die Obstbrenner in Rheinland-Pfalz?
2. Wie bewertet die Landesregierung das Ende des Branntweinmonopols im Hinblick auf den Erhalt und die Pflege von Streuobstwiesen in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Regionen im Land sind nach Kenntnis der Landesregierung von einem Auslaufen des Branntweinmonopols besonders betroffen?
4. Sind nach Ansicht der Landesregierung Kompensationen des Bundes für die landwirtschaftlichen Brenner und weitere Maßnahmen im Hinblick auf den Erhalt von Streuobstwiesen denkbar und notwendig?

6. Abgeordnete
Christian Baldauf,
Thomas Weiner und
Dr. Susanne Ganster
(CDU)

Windkraftanlagen im Pfälzerwald

Der Naturpark Pfälzerwald ist akut durch die Errichtung von Windkraftanlagen bedroht. Für Standorte, Schwertransporte und Leitungstrassen müssten hunderttausende Bäume gefällt und Waldgebiete optisch zerschnitten werden, dem Naturerlebnis-Tourismus droht ein drastischer Rückgang, mehrere Vogel- und Fledermausarten werden gefährdet, weshalb auch die anerkannten Naturschutzverbände die Errichtung ablehnen.

Im Naturpark Pfälzerwald, am Taubensuhl wurde bereits im Vorgriff auf das LEP IV eine 1,3 ha große Waldfläche gerodet und es wurde mit der Aufstellung eines Windmessmastes begonnen. Es häufen sich Konflikte zwischen den Gemeinden.

Es formiert sich an mehreren Stellen des Landes Protest, so am letzten Sonntag mit einer Demonstration am Hermersbergerhof in der Südwestpfalz.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum will die Landesregierung auch im Pfälzerwald Windräder zulassen, wo das Ziel von mindestens 2 % ausgewiesener Fläche für Windkraft schon außerhalb des Waldes erreicht oder sogar übertroffen ist und noch mehr als 80 % dieser windhöffigen Standorte außerhalb des Waldes ungenutzt sind?
2. In wie viel Prozent der jeweiligen Naturparkflächen könnten bei Inkrafttreten des LEP IV künftig Windräder aufgestellt werden?
3. Wird die Landesregierung den Bürgerwillen, an Standorten im Pfälzerwald keine Windradstandorte auszuweisen, befolgen?
4. Teilt die Landesregierung den Standpunkt des Vorsitzenden der Planungsgemeinschaft, wonach die Ebene der Planungsgemeinschaften die Planung vorgeben sollte, um den Interessensausgleich zwischen den Gebietskörperschaften mit unterschiedlicher Zukunftsausrichtung (Wohnen, Naturschutz und Tourismus versus Windkraft) durchzuführen?

- 7. Abgeordneter**
Gunther Heinisch
 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Fortführung des Hochschulpakts im Jahr 2014 und den Folgejahren**
- Mit dem Hochschulpakt 2020 stellen der Bund und die Länder zusätzliche Mittel bereit, um die Hochschulen angesichts bundesweit steigender Studierendenzahlen gezielt zu unterstützen. Die Hochschulen haben im Zusammenhang mit dem Pakt die Aufnahme von Studienanfängerinnen und -anfängern ausgeweitet und brauchen diesbezüglich finanzielle Planungssicherheit.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Wie entwickelt sich im Studienjahr 2012 die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in Rheinland-Pfalz und – nach Kenntnis der Landesregierung – in anderen Bundesländern?
 2. Welche Konsequenzen hat diese Entwicklung für die zwischen Bund und Ländern geschlossene Vereinbarung zur zweiten Programmphase des Hochschulpakts 2020?
 3. Welche Erwartungen hat die Landesregierung an die in der Sitzung der GWK am 16. November 2012 vereinbarten Verhandlungen auf Staatssekretärsbene zur Weiterentwicklung des Hochschulpakts?
- 8. Abgeordnete**
Jens Guth,
Margit Mohr und
Fredi Winter (SPD)
- Bilanz des Jahres der Genossenschaften in Rheinland-Pfalz**
- 2012 ist das Internationale Jahr der Genossenschaften. In ihrer Resolution ruft die Generalversammlung der Vereinten Nationen dazu auf, Genossenschaften zu fördern und „ihren Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung stärker bekanntzumachen“. In dieselbe Richtung ist der gemeinsame Antrag aller im Landtag vertretenen Fraktionen (Drucksache 16/829) formuliert. Nun geht das Jahr der Genossenschaften zu Ende.
- Daher fragen wir die Landesregierung:
1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Struktur der Genossenschaften über die verschiedenen Wirtschaftszweige hinweg in Rheinland-Pfalz?
 2. Welche Aktivitäten hat die Landesregierung im Jahr 2012 unternommen, um den Genossenschaftsgedanken zu fördern und stärker bekanntzumachen?
 3. Welche weiteren Maßnahmen plant die Landesregierung in diesem Bereich?
- 9. Abgeordneter**
Christian Baldauf (CDU)
- Förderung der energetischen Gebäudesanierung**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie beurteilt die Landesregierung den Stellenwert der energetischen Gebäudesanierung für die Reduzierung der CO₂-Emissionen in Rheinland-Pfalz und nach Kenntnis in Deutschland?
 2. Welche Mindereinnahmen für den Landeshaushalt aus der Einkommensteuer würden bei einer steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung nach Einschätzung der Landesregierung aus dem im Bundestag verabschiedeten Gesetz entstehen?
 3. Welche Mehreinnahmen für den Landeshaushalt können nach Einschätzung der Landesregierung aus den durch die steuerliche Förderung angestoßenen zusätzlichen Investitionen aus der Mehrwertsteuer und den unternehmerischen Ertragssteuern entstehen?
 4. Welchen Stellenwert haben nach Einschätzung der Landesregierung die mit der energetischen Gebäudesanierung befassten Unternehmen und Handwerksbetriebe für die Wirtschaft des Landes Rheinland-Pfalz?
- 10. Abgeordnete**
Simone Huth-Haage und
Hedi Thelen (CDU)
- Bilanz des Modellprojekts zum anonymisierten Bewerbungsverfahren**
- Zeitungsberichten zufolge ist das Modellprojekt zur anonymisierten Bewerbung bisher auf wenig Resonanz gestoßen.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie stellt sich die Beteiligung an dem Modellversuch im Detail in Rheinland-Pfalz dar?
 2. Wie hoch sind die Kosten des Modellprojekts für den Landeshaushalt bzw. für die teilnehmenden Betriebe?
 3. Inwiefern beteiligen sich landeseigene Stellen an dem Modellversuch?
 4. Teilt die Landesregierung die Kritik der Landesvereinigung der Unternehmerverbände an dem Modellprojekt?

11. Abgeordnete**Kathrin Anklam-Trapp
und****Dr. Tanja Machalet (SPD)****Neuregelung der Minijobs**

Der Deutsche Bundestag hat am 22. November 2012 die Anhebung der Einkommensgrenze für Minijobs von 400 auf 450 Euro monatlich beschlossen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung diese Neuregelung?
2. Welche Entwicklung ist hinsichtlich der Zahl der Minijobberinnen und Minijobber im Land zu verzeichnen?
3. Welche Auswirkungen sind im Einzelnen mit der Neuregelung für die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz verbunden, insbesondere für die Personen, die in diesen Arbeitsverhältnissen arbeiten?
4. Welche Auswirkungen sind mittel- und langfristig auf die staatlichen Transfersysteme zu erwarten?

12. Abgeordnete**Anna Neuhof****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Tiergeschenke zu Weihnachten**

Der Tierschutz sowie die artgerechte Haltung von Tieren sind ein wichtiges Anliegen. Der Umgang mit Tieren ist eine wertvolle Erfahrung für Erwachsene und Kinder, aber die Anschaffung von Haustieren bedarf sorgfältiger Planung und Sachkunde nicht nur bei heimischen Arten, sondern ganz besonders auch beim Erwerb exotischer Tiere. Tiergeschenke zu Weihnachten werden oft spontan getätigt und mögliche Probleme mit den Tieren treten erst später auf. Nicht selten sind die Halterinnen und Halter überfordert und nicht selten bleibt für die Tiere dann die Abgabe ins Tierheim.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Verfügt die Landesregierung über Zahlen von in der Weihnachtszeit in Rheinland-Pfalz gekauften Tieren?
2. Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, vom spontanen Kauf von Tieren zu Weihnachten durch Informationen und Öffentlichkeitsarbeit abzuraten?
3. Liegen der Landesregierung Informationen bzw. Zahlen der Tierheime über die Abgabe im Zusammenhang mit zu Weihnachten verschenkten Tieren vor?
4. Plant die Landesregierung, von den Halterinnen und Haltern beim Erwerb von Haustieren einen sachkundlichen Nachweis zu erbringen?

13. Abgeordnete**Martin Brandl und****Brigitte Hayn (CDU)****Sinkende Anmeldezahlen an Grundschulen**

Berichten des Statistischen Landesamtes zufolge sinken auch in diesem Jahr erneut die Einschulungszahlen. Gleichzeitig steigt die Zahl kleiner Grundschulen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welches Konzept verfolgt die Landesregierung, um auf die dauerhaft sinkenden Schülerzahlen an rheinland-pfälzischen Grundschulen zu reagieren?
2. Über welche Erkenntnisse verfügt die Landesregierung hinsichtlich der Unterrichtsqualität kleiner bzw. größerer Grundschulen?
3. Verfügt die Landesregierung über Berechnungen, wie sich aller Voraussicht nach die Zahl ausschließlich einzügiger Grundschulen bzw. von Grundschulen mit Kombiklassen bis zum Ende der Legislaturperiode entwickeln wird?
4. Plant die Landesregierung für die kommenden Jahre strukturelle Anpassungen, um den sinkenden Schülerzahlen an den Grundschulen zu begegnen?

14. Abgeordnete**Kathrin Anklam-Trapp,****Friederike Ebli und****Peter Wilhelm Dröscher
(SPD)****Umschulung zum Altenpfleger**

Aktuellen Pressemeldungen zufolge plant die Bundesregierung, die Förderung des dritten Jahres einer Umschulung zur Fachkraft in der Altenpflege wieder einzuführen. Dabei sollen Personen, die nicht über eine formale Qualifikation verfügen, aber mindestens zwei Jahre in einer Pflegeeinrichtung gearbeitet haben, eine verkürzte Ausbildung absolvieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung diese Pläne im Hinblick auf die Situation in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Auswirkungen sind damit für die Ausbildungsstandards, insbesondere in Bezug auf Rheinland-Pfalz, verbunden?
3. Ist der Landesregierung bekannt, ob der Bund seine Prüfung, die auf drei Jahre befristete Übernahme der kompletten Umschulungskosten zu übernehmen, abgeschlossen hat?

15. Abgeordnete
Fredi Winter und
Michael Hüttner (SPD)

EU-Förderungen zu Gunsten des Tourismus

Die Förderpolitik der EU wird sich an der neuen EU-2020-Strategie orientieren. Diese setzt ihre Schwerpunkte auf ein innovatives, nachhaltiges und integratives Wachstum. Eine Bevorzugung oder Heraushebung einzelner Branchen ist nicht vorgesehen. In den Vorjahren war Tourismus als Branche explizit genannt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen unternimmt das Land gegenüber dem Bund und der EU-Kommission, um das Thema Tourismusförderung/touristische Infrastruktur innerhalb der Förderprioritäten zu ermöglichen?
2. Wie wird sich darauf aufbauend die Förderpolitik des Landes für die nächsten Jahre für die touristischen Regionen, Orte und die kleinen und mittleren Unternehmen gestalten?
3. Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um die Tourismusstrategie 2015 weiter umzusetzen?

16. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Guido Ernst (CDU)

Rahmenbedingungen an rheinland-pfälzischen Schulen zum neuen Schuljahr

Die Landesregierung hat am 15. November 2012 über die durchschnittlichen Klassenmessenzen, die Lehrerversorgung und Schülerzahlen informiert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Klassenmehrbildungen gibt es im Schuljahr 2012/2013 an Realschulen plus?
2. Wie wirkt sich die im Haushalt vorgenommene Kürzung des Projekts Erweiterte Selbstständigkeit auf die Vertretungsmöglichkeiten der Schulen aus?
3. Wie hat sich die durchschnittliche Verteilung der Poolstunden für Realschulen plus im Vergleich zu den drei vorangegangenen Schuljahren entwickelt?
4. Wie hat sich die Schüler-Lehrer-Relation in Rheinland-Pfalz nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zum Bundesdurchschnitt im Primar-, Sekundar I- und Sekundar II-Bereich, gegliedert nach allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, entwickelt?

17. Abgeordneter
Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umsetzung des Vogelschutzgutachtens des LUWG und der staatlichen Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland in Frankfurt

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wird die Landesregierung die Empfehlungen des Vogelschutzgutachtens in der Fläche umsetzen, insbesondere bezüglich deren Vermittlung an die Mitarbeiter der unteren und oberen Naturschutzbehörden sowie an private Gutachterbüros?
2. Sind entsprechende Schulungen für die Beteiligten verpflichtend oder auf freiwilliger Basis?
3. Welche Instrumentarien sollen darüber hinaus sicherstellen, dass die Belange des Arten- und Naturschutzes in den Einzelfallentscheidungen gemäß den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Vogelschutzgutachtens (z. B. zum Untersuchungsumfang und zur Untersuchungsqualität) berücksichtigt werden?
4. Sind regelmäßige Erfahrungsaustausche bezüglich der Umsetzung der Empfehlungen sowie deren Erfolge und Probleme unter Berücksichtigung aller Beteiligten (behördlicher und ehrenamtlicher Naturschutz, Windkraftprojektierer, Kommunen, Ministerien) vorgesehen und wenn ja, in welcher Form?

18. Abgeordneter
Daniel Köbler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anstieg der Sanktionen für Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger

Während die Sanktionen in Rheinland-Pfalz im Zeitraum August 2010 bis Juli 2011 bei 38 100 lagen, zeigte sich nach einer kürzlich veröffentlichten Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Zeitraum August 2011 bis Juli 2012 ein Anstieg auf 41 100. Das ergibt für Rheinland-Pfalz eine Quote von 3,7 Prozent. Auch bundesweit zeigt sich ein Anstieg der Sanktionen. Die bundesweite Sanktionsquote liegt für den Vergleichszeitraum bei 3,2 Prozent.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie lässt sich aus Sicht der Landesregierung der Anstieg der Sanktionsquote und die Tatsache, dass sie in Rheinland-Pfalz höher als im Bundesdurchschnitt liegt, erklären?
2. Was sind die häufigsten Gründe für Sanktionen bei Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfängern (bitte jeweils aufschlüsseln nach Zielgruppe unter und über 25 Jahre)?
3. Welche Sanktionen werden am häufigsten verhängt (bitte jeweils aufschlüsseln nach Zielgruppe unter und über 25 Jahre)?
4. Welche politischen Maßnahmen sind aus Sicht der Landesregierung notwendig, um die Sanktionsquote zu senken?